



April 2003

Zeitung der Deutschen Kommunistischen Partei für Frankfurt am Main

Makler will Mieter vertreiben

Immobilienunternehmer Ballwanz betreibt »Aufwertung« der Innenstadt

Unzählige Male war in den letzten Jahren das Wort »Standort« zu hören: Deutschland sei nicht konkurrenzfähig, weil wegen zu hoher Steuern und zu viel Bürokratie unattraktiv für Investitionen des transnational wirkenden Kapitals. Dasselbe erleben wir im Kleinen in Diskussionen über die Entwicklung der Stadt Frankfurt: Die Bankenmetropole müsse die Interessen der internationalen Finanzwelt besser berücksichtigen.

Für das Wohlergehen der Herrschaften fühlt sich insbesondere der Immobilienmakler Rainer M. Ballwanz zuständig. Er ist in letzter Zeit mehrfach mit Forderungen nach einem neuen Gesamtkonzept zur Stadtentwicklung an die Öffentlichkeit getreten, das die Attraktivität Frankfurts für internationale Bank- und Börseneliten erhöhen soll.

»Für den Global Player aus London oder New York«, ließ Ballwanz die *Frankfurter Rundschau* in einem Interview wissen, »war Frankfurt bislang ein ungeliebter Schritt auf der Karriereleiter.« Warum? Weil bessere Leute hier nicht standesgemäß wohnen können.

MEHR LEBENSQUALITÄT FÜR REICHE

Daraus, dass in jeder anderen Metropole die teuersten Wohngebiete »immer zentral in der Innenstadt liegen«, folgert Ballwanz, dass dafür auch in Frankfurt gesorgt werden muss. Denn »der Global Player soll nicht nach der Arbeit noch zwanzig Kilometer vor

die Tore der Stadt fahren müssen. Das sind auch die Anreize für Unternehmen, sich in Frankfurt anzusiedeln und nicht woanders.« Sein Mitarbeiter Andreas Schaffer fügt hinzu: »Viele Menschen wollen aus ihrer Villa in Königstein in die Stadt ziehen – aber nicht in ein Haus, in dem vierzig andere Wohnungen sind. Das schränkt ihre Lebensqualität ein.«

Es ist ja auch zu ärgerlich, dass Ballwanz sich zurzeit mit dem Verkauf luxuriöser Wohnungen am Deutschherrnufer herumplagen muss: Die reiche Kundschaft will sie nicht haben, weil sich in der Nähe Sozial-



Die Galluswarte in den 70er Jahren: Viel hat sich bis jetzt nicht geändert. Aber dem Gallusviertel stehen Entwicklungen bevor, die zu Lasten der dort wohnenden Bevölkerung gehen werden.

wohnungen befinden. Deshalb ist der Makler mit einer Reihe von Bauprojekten in die Offensive gegangen, die endlich den gut



INHALT

Westerwelle & Merz auf Brünings Spuren	SEITE 2
Frieden jetzt! Krieg ächten!	SEITE 2
Hessens Verfassung: Ein Sanierungsfall?	SEITE 3
Frankfurt von unten: Eine Kommunistin erinnert sich	SEITE 3
Kolumne: Ich-AG: Eigentor des Kapitals	SEITE 4
Die Würde des Menschen ist unantastbar	SEITE 4

betuchten Finanzleuten die angemessene »Lebensqualität« ermöglichen sollen.

AUF WORTE FOLGEN TATEN

Ein Ballwanz-Protzbau entsteht gerade direkt in Börsennähe in der Schillerstraße und Großen Eschenheimer Straße. Aber auch im alten Arbeiterviertel Gallus, in dem vorwiegend untere Einkommenschichten angesiedelt sind, schlägt der Mann mit dem Herz für Reiche zu: Zwischen Mainzer Landstraße, Gutenbergstraße und Frankenallee geht gerade ein Glaspalast mit 23 schicken Eigentumswohnungen sowie modernen Geschäftsräumen seiner Vollendung entgegen.

Dummerweise stehen dem Ziel, die Innenstadt zum »pulsierenden Kern Frankfurts«

Fortsetzung auf Seite 2

»Lebensqualität« im Gallusviertel: Dieser Glaspalast bietet neben Geschäftsräumen komfortable Eigentumswohnungen. Wertsteigerung ist zu erwarten, also: zugreifen. Wer's nicht bezahlen kann, hat in der Innenstadt nichts zu suchen.

GESCHICHTSSTUNDE

Westerwelle & Merz auf Brünings Spuren

Einigkeit herrscht in den Parteien von CDU über FDP bis hin zur SPD: Die Gewerkschaften sollen sich »Reformen« nicht verschließen. Sonst liefen sie Gefahr, dass sich am Ende Lösungen an ihnen vorbei entwickelten.

Guido Westerwelle nennt Gewerkschaftsfunktionäre »eine Plage für unser Land«. Friedrich Merz stimmt ein: Die Macht der Gewerkschaften müsse eingeschränkt werden. Flächentarifverträge, Kündigungsschutz, Mitbestimmungsrechte gehören nach Meinung dieser Politiker abgeschafft bzw. reduziert. Nur dies gewährleiste die Schaffung neuer Arbeitsplätze. Der Kanzler fordert, die Bezugsdauer und die Höhe des Arbeitslosengeldes zu kürzen.

HATTEN WIR DAS NICHT SCHON MAL?

Dezember 1930: 4,9 Millionen Arbeitslose. Weniger als die Hälfte erhält Unterstützung aus der Arbeitslosenversicherung. 1931/32 – Notverordnungen des Reichskanzlers Brüning: Einführung von Krankenschein- und Rezeptgebühr. Die Gehaltsabzüge erhöhen sich, die Sozialleistungen werden eingeschränkt. Dann die Notverordnung kurz vor dem Sturz des Kanzlers v. Papen: 6 Millionen Arbeitslose, von denen nur noch knapp 800 000 eine inzwischen erheblich gekürzte Unterstützung erhalten. »Bei Gefährdung der Weiterführung des Betriebes« können die tariflich abgesicherten Löhne und Gehälter bis zu zwanzig Prozent gesenkt, ab der 31. Wochensunde kann der vereinbarte Stundenlohn um bis zu 50 Prozent gekürzt werden.

Wie das endete, ist bekannt: Mit dem 30. Januar 1933 und vor allem mit dem 2. Mai 1933, der Erstürmung der Gewerkschaftshäuser, der Beschlagnahme der Gewerkschaftsvermögen und der damit einhergehenden Rechtlosigkeit der ArbeiterInnen und Angestellten.

Dazu, scheint es, wäre heute noch nicht einmal eine faschistische Regierung nötig, Westerwelle und die anderen würden es schon richten. Ganz demokratisch wird die Demokratie zugrunde gerichtet. Nur Arbeitsplätze bringt das keine.

Wehren wir uns, ehe alle Rechte der arbeitenden Menschen zugunsten der Unternehmer abgeschafft werden. Eine gute Gelegenheit dafür bietet der 1. Mai. Offiziell heißer seit 1933 »Tag der Arbeit«, wir nennen ihn, auch wenn das etwas pathetisch klingt, den internationalen Kampftag der Arbeiterklasse. Heraus auf die Straße! ■

Fortsetzung von Seite 1

zu machen, die dort wohnenden Menschen entgegen: Arbeiterinnen und Arbeiter, kleine Angestellte, Rentnerinnen und Rentner, auch Arbeitslose und sozial Schwache. Viele von ihnen kommen aus den ärmeren Teilen der Welt. Da gibt es für Ballwanz nureins: Die müssen weg. Für ihn gehören sie irgendwo an den Stadtrand: Da die BewohnerInnen des Bahnhof-, Gallus- und Gutleutviertels seiner Vermutung nach in diesen »im klassischen Sinne nicht wohnenswerten« Stadtteilen sowieso nicht glücklich sind, sollen für sie »Anreize« geschaffen werden, »in ein neues Wohngebiet zu ziehen«.

Zwangsumsiedeln kann man sie nicht. Aber das richtet der Markt. Nach und nach wird der Mietspiegel hochgetrieben. Schon jetzt wird empfohlen, Eigentumswohnungen im Gallus zu kaufen, da eine Wertsteigerung erwartet wird. Irgendwann bleibt Menschen mit geringerem Einkommen dann nur noch der Weg in schäbige Vorstadtsiedlungen, wo Rassismus und Kriminalität gedeihen.

»Es gibt einfach unterschiedliche Einkommensstrukturen. Das müssen wir akzeptieren.«

RAINER BALLWANZ

Die Unverfrorenheit, mit der Rainer Ballwanz sein Interesse an Geschäften mit Besserverdienenden für eine ganze Stadt zur Norm erhebt, die Dreistigkeit, in der mit dem Hinweis »Es gibt einfach unterschiedliche Einkommensstrukturen« die Klage verbunden wird, Reiche seien in Frankfurt benachteiligt und ausgegrenzt, stellt ein anschauliches Lehrstück über den Charakter des kapitalistischen Systems und seiner Masken dar: Profite sind wichtiger als Menschen, und die in der Minderheit befindlichen Menschen, die die Profite einstreichen, verlangen, die durch dieses System Benachteiligten beiseite zu schieben, weil sie sich durch deren Anblick gestört fühlen.

»Friede den Hütten, Krieg den Palästen«, schrieb einst der hessische Dichter Georg Büchner. Noch besser wäre: Paläste für alle. Es wird Zeit, Gegenwehr zu organisieren. ■



Frieden jetzt! Krieg ächten!

Auch in Frankfurt hat der Krieg gegen den Irak breiten Widerstand ausgelöst – Friedensdemonstrationen, Diskussionsveranstaltungen, Informationsstände und Mahnwachen. Höhepunkt der Proteste sollte der diesjährige Ostermarsch sein.

Die DKP zeigt Gesicht: Fahnen, Transparente, Umhänger, Flugblätter und unsere Zeitung UZ werden bei Demonstrationen und Kundgebungen mitgetragen bzw. verteilt.

WICHTIGE TERMINE

Das Frankfurter Bündnis gegen den Krieg organisiert bis auf weiteres wöchentlich die Montagsaktionen vor der Katharinenkirche (Hauptwache, immer ab 18 Uhr) mit Politik, Kultur, Musik und Demonstrationen zu unterschiedlichen Orten – SPD-Zentrale, Grünen-Büro, Botschaften und Konsulate.

21. April Ostermarsch: Demonstrationen von: Höchst Marktplatz 9.30 Uhr, Bahnhof Rödelheim 10.30 Uhr, Offenbach, Stadthof (Rathaus) 11 Uhr sowie Eschersheim, Weißer Stein und Niederrad, Bruch-

feldplatz jeweils 11.30 Uhr. Abschlusskundgebung um 13 Uhr auf dem Römerberg.

1. Mai Maikundgebung des DGB auf dem Römerberg und Demo wie jedes Jahr, sowie Protestaktionen zur Verhinderung eventueller Naziaufmärsche.

5. Mai Fahrradkorso ab 17 Uhr von Eschersheim zur Montagsaktion auf der Hauptwache. ■

IMPRESSUM

Herausgeber:

DKP

Deutsche Kommunistische Partei
 Kreisvorstand Frankfurt
 Hansteinstraße 4, 60318 Frankfurt
<http://www.dkp-frankfurt.de>
 E-Mail: info@dkp-frankfurt.de
 V. i. S. d. P.: Bruni Freyeisen
 Layout: Henning Böke
 Druck: Top Offset

Hessens Verfassung: Ein Sanierungsfall?

CDU und FDP wollen »Modernisierung« / Soziale Grundrechte in Europa verwirklichen!

Nachdem Roland Koch bereits in der letzten Legislaturperiode die »Modernisierung« der hessischen Landesverfassung durch den Volksentscheid vom 22. September 2002 auf die Tagesordnung gesetzt hatte, forderte auch die FDP auf ihrer Klausurtagung im März 2003 eine Anpassung an heutige Bedingungen. Worum geht es?

Im September haben die hessischen Wählerinnen und Wähler den Änderungswünschen der Landesregierung zugestimmt. Die Wahlperiode des Landtags wurde auf fünf Jahre verlängert, der Sport unter den Schutz und die Pflege des Staates



Der Kommunist Oskar Müller (1896–1970) unterzeichnete die Hessische Verfassung

und der Gemeinden gestellt sowie das »Konnexitätsprinzip« eingeführt, das einen finanziellen Ausgleich vorsieht, wenn den Gemeinden Aufgaben übertragen werden, die mit Mehrbelastungen oder Entlastungen einhergehen.

Eine längere Wahlperiode bedeutet weniger Demokratie. Bei der Förderung des Sports dürfte es weniger um die Unterstützung von Vereinen gehen, sondern um die Rechtfertigung der horrenden Ausgaben für die angestrebte Austragung der Olympischen Spiele 2012 in Frankfurt. Das Konnexitätsprinzip schließlich kann im Endeffekt darauf hinauslaufen, die Gemeinden stärker zu belasten – denn jetzt ist ein Geldtransfer nicht bloß vom Land an die Gemeinden, sondern auch umgekehrt vorgesehen.

VERSUCHSBALLON FÜR »ENTRÜMPELUNG«

Diese Verfassungsänderungen, die in Hessen nur durch Volksabstimmung erfolgen können, dienen offensichtlich aber nur der Vorbereitung weiterer Eingriffe zum Zweck einer »Entrümpelung«. Ein Blick in den Verfassungstext von 1946 lässt erkennen, was die »Modernisierer« für »veraltet« halten.

Die Verfassung des Landes Hessen enthält soziale Regelungen, die dem neoliberalen Zeitgeist widersprechen. Denn diese Verfassung hat die menschliche Arbeitskraft unter den Schutz des Staates gestellt, ein Recht auf Arbeit proklamiert und die Aussperrung verboten. Die Wirtschaft wurde Verpflichtungen im Interesse des Gemein-

wohls unterworfen, Bergbau, Stahlindustrie, Energiewirtschaft und Schienenverkehr wurden in Gemeineigentum überführt und die staatliche Kontrolle der Großbanken festgelegt. Ebenso wurden Maßnahmen zur Sicherung gleicher Bildungschancen für alle ergriffen. Auch wurde der Krieg geächtet, kriegsvorbereitende Handlungen sind verfassungswidrig.

In diesen Grundsätzen, an deren Formulierung KommunistInnen mitwirkten, drückte sich ein durch die Erfahrungen der Weimarer Republik und ihrer Zerschlagung durch die Nazis genährter Wille aus, die wirtschaftliche Entwicklung demokratischer Kontrolle zu unterstellen.

Gemäß dem Prinzip »Bundesrecht bricht Landesrecht« sind diese Regelungen größ-

tenteils wirkungslos. Warum stören sich die »Modernisierer« dann an ihnen?

Es wäre falsch, die Verfassung des Landes Hessen zu idealisieren. Sie enthält beispielsweise noch die Todesstrafe, die erst durch das Grundgesetz der Bundesrepublik außer Kraft gesetzt wurde. Aber das scheint unseres Wissens für Koch, der Verständnis für die Folterpraktiken des Frankfurter Polizeivizepräsidenten (siehe Seite 4) geäußert hat, nicht der wesentliche Stein des Anstoßes zu sein.

Die Hessische Verfassung steht für einen Kompromiss zwischen Lohnarbeit und Kapital – nicht mehr, aber auch nicht weniger. Die »Modernisierer« wol-

len die Erinnerung daran tilgen. Heute aber steht die Ausarbeitung einer europäischen Verfassung an – und mit ihr die Aufgabe, dem Europa des Kapitals die Forderung nach einem demokratischen und sozialen Europa entgegenzusetzen und Druck in diese Richtung zu organisieren. ■

»Die Wirtschaft des Landes hat die Aufgabe, dem Wohle des ganzen Volkes und der Befriedigung seines Bedarfs zu dienen.«

VERFASSUNG DES LANDES HESSEN, ART. 38

FRANKFURT VON UNTEN (3)

Eine Frankfurter Kommunistin erinnert sich

Lore Wolf (1900–1996) gehörte zu den bekanntesten Mitgliedern der KPD/DKP in Frankfurt. In ihren Erinnerungen schilderte sie den demokratischen Neubeginn in Hessen.



Lore Wolf

benannte 12 Mitglieder. Ich gehörte dem Landesvorstand der KPD Hessen an und war somit unter anderen Genossen Mitglied im Landesausschuss. Die meisten der von der Partei Benannten hatten viele Jahre in nazistischen Zuchthäusern und Konzentrationslagern zugebracht ...

Oskar Müller (Kommunist) wurde bereits am 16. Oktober 1945 zum Arbeitsmi-

nister der ersten Regierung des neu geschaffenen Landes Groß-Hessen ernannt.

Dr. Valentin Heckert (Kommunist) war seit November 1945 im Ministerium für Wiederaufbau und politische Bereinigung als Leiter der Rechtsabteilung tätig. Später wurde er ins Innenministerium berufen und war als Ministerialdirektor an der Ausarbeitung des Entwurfes zur neuen Verfassung beteiligt. Er befasste sich u. a. mit der Demokratisierung der Polizei.

Ludwig Keil, der von sich sagte: »Mein letztes Semester studierte ich in Dachau«, wurde im Oktober 1945 als Ministerialdirektor ins Ministerium für Wirtschaft und Verkehr berufen.

Nun begannen die Parteien mit der Vorbereitung der Wahlen in Hessen. Die Kreistagswahlen fanden am 28. 4. 1946 statt, die Wahlen in den Großstädten am 26. 5. 1946, die Wahlen für die Verfassungsgebende Versammlung am 30. 6. 1946. Von 90 Sitzen erhielten: SPD 46 Sitze, CDU 35 Sitze, KPD 7 Sitze, LDP 6 Sitze.

Die Landtagswahlen in Hessen erfolgten am 1. 12. 1946. Die Bürger des Landes Groß-Hessen hatten nun die von der Verfassungsgebenden Versammlung vorgelegte Verfassung beschlossen. ■

DIE KOLUMNE

Ich-AG: Eigentor des Kapitals

Arbeitsplätze mit sozialer Absicherung sind unseren »Arbeitgebern« mittlerweile zu teuer. Zu den Glanzlichtern der »Hartz-Kommission« zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit gehört die Schnaps-idee von der »Ich-AG«: Simple Dienstleistungstätigkeiten sollen selbstständig ausgeübt werden. Das ist der Prototyp der Umsetzung einer Vorstellungswelt der Hardliner des Neoliberalismus, wonach abhängig Arbeitende als »Unternehmer« verstanden werden sollen, die sich selbst »eigenverantwortlich« vermarkten. Viel mehr als ihre Arbeitskraft hat die »Ich-AG« nicht, leistet im Prinzip nichts anderes als untergeordnete Lohnarbeit, aber gegenüber Kunden ohne soziale Verpflichtung.

ArbeiterInnen und Angestellte leben vom Verkauf ihrer Arbeitskraft. Diese geht in einen *gesellschaftlichen* Arbeitsprozess ein. Unternehmer eignen diese gesellschaftliche Arbeit privat an. Sie tun das in Konkurrenz zueinander und sehen Kosten für über das eigene Gewinninteresse hinausgehende Belange nicht gerne.

Die »Ich-AG« als Zukunftsmodell zur Umformung der Lohnarbeit hätte jedoch einen Haken, der hier und dort sogar von Vertretern des Kapitals bemerkt worden ist: Unternehmer handeln egoistisch, aber kein Unternehmer kann ebenso egoistische MitarbeiterInnen gebrauchen. Vielmehr verlangen Unternehmen unter Schlagworten wie »corporate identity« und »Teamarbeit« in letzter Zeit verstärkt die Identifikation mit der Firma und fordern als »Flexibilität« zunehmend auch die Unterordnung des Privatlebens ihrer Beschäftigten unter Geschäftsinteressen. Die Propagierung des Prinzips der »Ich-AG« als allgemeine Norm wäre fürs Kapital ein Eigentor, weil sie dem gerade zuwiderliefe.

Das ist der grundlegende Widerspruch der Lohnarbeit: Sie ist gesellschaftliche Arbeit, aber in fremdbestimmter, dem Kommando des Kapitals und betrieblicher und individueller Konkurrenz unterworfenen Form. Die Lohnarbeit ist immer weniger geeignet, die in den gesellschaftlichen Individuen steckenden Potenziale zu entfalten, weil das Kapital die kooperativen Fähigkeiten der Arbeitenden nutzen muss, gleichzeitig aber durch die Verschärfung der Konkurrenz jede vernünftige gesellschaftliche Organisation der Arbeit verhindert. Lohnarbeit, Privateigentum und Marktkonkurrenz gehören auf den Müllhaufen der Geschichte. Es wäre an der Zeit, dass wir in »freier Assoziation« (Marx) unsere gesellschaftlichen Potenzen selbst organisieren. HENNING BÖKE

FRANKFURTS POLIZEIVIZE ERPROBT WIEDEREINFÜHRUNG DER FOLTER

Die Würde des Menschen ist unantastbar

In den letzten Wochen hat eine wie aus heiterem Himmel hervorgezauberte Debatte große Wellen geschlagen. Durch den Frankfurter Polizeivizepräsidenten wurde die Debatte über Folter an Verdächtigen losgetreten. Der Fall: Die Entführung des kleinen Jacob von Metzler.

Argumentiert wurde, dass ein höheres Rechtsgut, nämlich das Leben eines Kindes, die Anwendung von Folter notwendig machen könnte. Ging es aber wirklich um diesen Fall? Oder geht es vielmehr darum, die Bevölkerung gerade durch so eine Debatte darauf einzustellen, dass Folter auch offiziell wieder zu Mitteln der Polizeiarbeit gehören muss?

Folter ist die Anwendung physischen und psychischen Drucks auf einen »Verdächtigen« zur Erlangung einer Aussage. Folter in diesem Sinne wurde auch in der Vergangenheit illegalerweise ausgeübt. Fragen Sie mal Demonstranten, die eingesperrt wurden. Sehen Sie sich deutsche Krimserien an, in denen gerade in den letzten zwei Jahren zunehmend das Spiel »Guter« und »böser« Polizist« zur Aussageerpressung angewandt wird.

Wir behaupten: Spielarten von Folter waren seit jeher gang und gäbe in der Polizeiarbeit. Sie fanden nur nie Eingang in ein Polizeiprotokoll. Wenn Verdächtige, die sich später als unschuldig erwiesen, solche Verhörmethoden anprangerten, hat kein Staatsanwalt ermittelt, oder das Verfahren wurde niedergeschlagen.

Warum fügt der Polizeivizepräsident drei Wochen nach Abgabe der Akten an die Staatsanwaltschaft ein Protokoll hinzu, in dem er beschreibt, dass die Anwendung von Folter erwogen wurde, und provoziert damit eine Anzeige durch den Verteidiger und die Ermittlungen der Staatsanwaltschaft?

»GEFAHRENABWEHR«: GEFAHR FÜR DIE DEMOKRATIE

Nach dem 11. September 2001 begann in den USA eine Debatte darüber, dass Folter zur »Gefahrenabwehr« notwendig sein könnte. In Deutschland wird diese Diskussion, auch im Hinblick auf die Vergangenheit, nicht öffentlich geführt. Allerdings gibt es bereits in den Anti-Terror-Gesetzen des Innenministers Schily, genau wie in den Notstandsgesetzen, die Möglichkeit, demokratische Rechte einzuschränken.

Eine öffentliche Debatte wie in den USA findet noch nicht statt. Die Stimmung ist nicht so, dass Folter wieder offiziell hofähig gemacht werden könnte. Also braucht man einen emotionalen Anlass, um diese

Debatte in aller Öffentlichkeit führen zu können. Was eignet sich da besser als ein Mord an einem Kind, der alle mit Abscheu erfüllt, zur Stützung der Argumentation, dass Folter vielleicht das Leben des Kindes hätte retten können? Hier kann man die Bevölkerung von der emotionalen Seite packen und Verständnis für Folter erwarten. Das zeigte ja auch die seitenweise geführte Leserbriefdebatte in den Zeitungen.

Wer aber die Stellungnahmen diverser Juristen genauer ansah, bemerkte auch,



**13. UZ-
Pressefest
20.-22. Juni
2003
Dortmund
Revierpark
Wischlingen**

Informationen:
info@dkp-frankfurt.de

um was es eigentlich ging. So wurde der Standpunkt vertreten, dass zum Beispiel im Falle einer Bedrohung durch Terroristen mit Atomwaffen Folter auf jeden Fall angewandt werden müsse. Aber auch, dass die Bedrohung staatlicher Macht Folter notwendig machen könne.

Gerade diese Sichtweise ähnelt fatal der »Argumentation« der Nazi-Schergen, mit der die Folterung von Widerstandskämpfern gerechtfertigt wurde. Wer dem Staat das Recht zur Verletzung der körperlichen und seelischen Integrität seiner BürgerInnen einräumt – was auch immer sie begangen haben mögen –, untergräbt die Grundlagen rechtsstaatlich-demokratischer Zivilisation, wie sie in der UN-Menschenrechtskonvention festgelegt sind. Wehren wir uns gegen eine weitere Aushöhlung demokratischer Freiheiten. Die Würde des Menschen muss unantastbar bleiben. ■

- Ich möchte mehr Informationen über die DKP
- Ich möchte probeweise die UZ, Wochenzeitung der DKP, lesen
- Ich möchte zu Veranstaltungen eingeladen werden
- Ich möchte Mitglied der DKP werden
Bitte ausschneiden und einsenden an

DKP

Deutsche Kommunistische Partei
Kreis Frankfurt
Hansteinstr. 4 · 60318 Frankfurt a. M.
Spenden an: Konto 1940 27-603,
Postbank Frankfurt, BLZ 500 100 60